



Was wir von der aufgeregten
Migrationsdebatte halten ...

**Behauptungen
„Gefühle“ Wahrheiten
Falschinformationen**

... und ein Faktencheck!

Was uns bewegt:

Der DAF - Internationale Freundeskreis Bretten e.V. ist ein Verein, der sich seit 1987 der interkulturellen Verständigung verschreibt. In unseren ehrenamtlichen Aktivitäten haben wir mit Geflüchteten und Zugewanderten zu tun. Dabei versuchen wir, die Menschen als Menschen zu sehen. Aus dieser Perspektive kommentieren wir die aufgeheizte und nicht immer sachliche Debatte um Flucht und Migration.

"Schelle Rückkehr der Syrier in ihr Heimatland"

- Forderungen verschiedener Politiker unmittelbar nach dem Sturz des Assad-Regimes

Unser Standpunkt: Diese Forderungen sind übereilte "Schnellschüsse". Zunächst sollte geprüft werden, ob die sichere Rückkehr der zu uns Geflüchteten überhaupt möglich ist. Es darf auch nicht vergessen werden, welche Bedeutung die große Zahl von syrischen Ärzten, Pflegekräften und anderen Fach- und Hilfskräften für das Funktionieren unseres Gesundheitssystems und unserer Wirtschaft hat.

*Wer Schutz braucht,
Soll Schutz bekommen!*

Richtig ist: Die Lage in Syrien nach der Vertreibung des Diktators Assad bleibt unsicher. Die neuen Herrscher, die aus verschiedenen islamistischen Rebellengruppen stammen, haben vielversprechende Ankündigungen für die Zukunft des Landes gemacht. Doch noch ist völlig unklar, ob die verschiedenen kulturellen und religiösen Bevölkerungsgruppen in ihrer Identität geschützt werden und die Gesellschaft friedlich geeint wird. Gleiches gilt für die Rechte von Frauen. In Deutschland lebende Syrer freuen sich überwiegend über



den Sturz des Regimes, vertreten aber eine abwartende Haltung. Unter den aus Syrien Geflüchteten befinden sich auch Kurden und Jesiden, die sich eine Rückkehr am wenigsten vorstellen können. Die Schutzquote von geflüchteten Syrern lag 2023 bei 88 %. Je länger sie hier leben, umso größer ist ihre Erwerbstätigkeitsquote: 75 % der erwerbstätigen Syrer üben qualifizierte Tätigkeiten aus. Zwischen 2016 und 2023 erhielten 161.000 die deutsche Staatsbürgerschaft.

"Deutschland läuft über" - Redakteur Ulrich Becker, BNN 17.09.2024

Unser Standpunkt: Diese Aussage ist unbelegt und alarmistisch.

Während weltweit 117 Millionen Menschen auf der Flucht sind, leben 3,5 Millionen Schutzsuchende in Deutschland, davon sind 1,2 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine.

Richtig ist: Wanderungsbewegungen auf der ganzen Welt haben ein Allzeithoch erreicht.

Ursachen sind Kriege, Unterdrückung,

Vertreibung, Hungersnöte in der Folge von Dürre oder

Überschwemmungen und nicht zuletzt eine vorwiegend am Profit orientierte, ungerechte Weltwirtschaftsordnung, die Industrieländer begünstigt und Menschen in armen Ländern ihre Lebensgrundlage und Lebensperspektive raubt.

*Zuwanderung gab es
zu allen Zeiten!*

"Migration ist die Mutter aller Probleme"

Das ist eine von rechten Politikern häufig gehörte Parole.

Unser Standpunkt: Solche zynischen Parolen graben sich in das Bewusstsein der Menschen ein, bis sie tatsächlich glauben, dass Migranten für Wohnungsknappheit, für überfüllte Wartezimmer bei Ärzten, für Kriminalität, für Überlastung der Schulen und Kindergärten, für leere Staatskassen verantwortlich seien, als wenn es diese Probleme nicht schon vorher gegeben hätte. Die tatsächlichen Gründe für Flucht und Migration werden dadurch ausgeblendet und geleugnet.

*Fluchtursachen,
nicht Flüchtlinge,
bekämpfen!*



"Politiker nehmen den Untergang der Gesellschaft in Kauf"

- Thilo Sarrazin im Interview mit der NZZ 10.09.2024

Unser Standpunkt: Untergangserzählungen, Warnungen vor "Kontrollverlust", Furcht vor einer Masseneinwanderung von "fremden Kulturen" oder "Bevölkerungsaustausch" gehören seit langem zum Repertoire rechter Populisten bis hin zu faschistischen Ideologen mit Fantasien von völkischer Reinheit. Sie entsprechen nicht der Realität.

"Umfassende Zurückweisungen von Schutzsuchenden an allen deutschen Landgrenzen"

- Antrag 20/12961 der CDU/CSU-Opposition im Deutschen Bundestag vom 24.09.2024

Bei **Zurückweisungen** verweigern deutsche Behörden noch an der Grenze die unerlaubte Einreise von Menschen, etwa wenn diese keinen gültigen Ausweis besitzen.

*Deutsches und
europäisches Recht
achten!*

Die meisten Menschen, die aus Ländern kommen, in denen Krieg oder Armut herrscht, bekommen **kein Visum** für eine reguläre Einreise in die EU. Fast alle Asylsuchenden, die nach Deutschland kommen, gelten zunächst als **"illegal eingereist"**. Sobald sie aber einen Asylantrag stellen, erhalten sie eine Aufenthaltsgestattung und halten sich damit **legal** im Land auf. Dann wird ihr Asylantrag geprüft und schließlich positiv oder negativ entschieden.

Unser Standpunkt: Die Forderung nach "umfassenden Zurückweisungen" hat letztlich die totale Abschottung und Abschaffung des Asylrechts zum Ziel. Deutsches und europäisches Recht werden ebenso ignoriert wie die Gründe, weswegen Menschen auf der Flucht sind und Schutz suchen.

Richtig ist: Schärfere Grenzkontrollen finden bereits statt und haben zu einem Rückgang von unerlaubten Einreisen um über 70% im 1. Hj. 2024 geführt. Zugleich wird auch der Warenverkehr beeinträchtigt und verteuert, was die deutsche Import- und Exportwirtschaft schwächt, wie Wirtschaftsverbände beklagen.

Statt Abschottung sollten für Schutzsuchende **legale Fluchtwege** geschaffen und für Arbeitssuchende die **legale Einreise mit Arbeitsvisum** erleichtert und beschleunigt werden. Hier beginnt aktuell das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG)** vom 18.11.2023 seine Wirkung zu zeigen.

*Arbeitsmarkt profitiert
von Zuwanderung!*



"Abschiebungen im großen Stil" - Bundeskanzler Scholz am 20.10.2023

Abschiebung ist die zwangsweise Durchsetzung der Ausreise eines Ausländers aus Deutschland, wenn dieser keinen gültigen Aufenthaltstitel (mehr) besitzt und nicht freiwillig ausreist.

Menschenrechte achten!

Ein Blick auf die Zahlen: Am 30.06.2023 waren 279.000 Personen "ausreisepflichtig", davon waren 224.800 "geduldet". Die Duldung ist zwar kein Aufenthaltstitel, aber eine temporäre

legale Bleibemöglichkeit. Viele Geduldete befinden sich in Beschäftigung oder Ausbildung. Es blieben demnach 54.200 Personen ausreisepflichtig ohne Duldung. Davon wurden 7.900 abgeschoben. - Bundestagsdrucksache 20/8046

Die Gründe, aus denen die anderen 46.300 Personen nicht abgeschoben wurden, sind vielfältig. Dazu gehören u.a. fehlende Dokumente, Transportunfähigkeit, unbekannter Aufenthaltsort oder die Weigerung eines Herkunftsstaats, seine Staatsbürger zurückzunehmen.

Unser Standpunkt: "Abschiebungen im großen Stil" werden der Öffentlichkeit als einfache Lösung präsentiert. Die menschenrechtliche Lage ist aber komplex.

Wenn auch alle Geduldeten sofort abgeschoben werden sollen, wären darunter auch solche, die einer Beschäftigung oder einer Ausbildung in einem **Mangelberuf** nachgehen. Ist nicht ständig von **Arbeitskräftemangel** und gewünschter **Fachkräftezuwanderung** die Rede?

In Wirklichkeit "[braucht Deutschland] 1,5 Millionen Zuwanderer im Jahr, wenn wir abzüglich der beträchtlichen Abwanderung jedes Jahr 400.000 neue Bürger haben und so die Zahl der Arbeitskräfte halten wollen" - Wirtschaftswoche Monika Schnitzer, 2023.

**Deutschland braucht
Zuwanderung!**

"Sozialleistungen für Geflüchtete kürzen"

Als besonders populäres Aufregerthema in der aktuellen Migrationsdebatte erweist sich die Höhe von Sozialleistungen sowie die tatsächliche Bedürftigkeit von Leistungsempfängern und ihre Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme. Es gibt Forderungen, Sozialleistungen für Geflüchtete zu kürzen oder ganz zu streichen. Als Begründung wird häufig genannt, das Bürgergeld gebe keinen Anreiz, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu sichern.



Richtig ist: Das System staatlicher Leistungen könnte gerechter und effektiver sein. Im Zuge einer Reform müssen aber wichtige Grundsätze beachtet werden.

1) Sozialleistungen als Grundrecht

Unser Standpunkt: Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 09.02.2010 bekräftigt, dass der Staat deutschen und ausländischen Staatsbürgern, die sich in der Bundesrepublik aufhalten, das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleisten muss.

Forderungen nach Streichung von Sozialleistungen sind **verfassungswidrig**, Forderungen nach einschneidenden Kürzungen zumindest verfassungsrechtlich bedenklich.

Richtig ist: Asylbewerber erhalten 18 Monate lang

Unterstützung nach dem

Asylbewerberleistungsgesetz.

Ukrainer/innen sind keine Asylbewerber.

Hilfsbedürftige und erwerbsfähige

Menschen zwischen 15 und 67 Jahren -

darunter sind automatisch Ukrainer/innen sowie

Asylbewerber, sobald sie anerkannt sind - erhalten **Bürgergeld nach SGB II**. Ein

alleinstehender Asylbewerber erhält 2024 ungefähr **100 € weniger** monatlich als ein alleinstehender Bürgergeldempfänger. Damit liegen die Leistungen für Asylbewerber

unterhalb des geltenden Standards im Sozialrecht.

2023 gab es 5,5 Millionen Bürgergeldempfänger, davon waren ca. 48% Ausländer. Gerade daran entzündet sich gegenwärtig der Streit. Es wird verlangt, dass die Menschen, die Bürgergeld beziehen, schneller eine Arbeit aufnehmen bzw. bei Unwilligkeit Kürzungen oder Streichungen hinnehmen müssen. Es gibt Sanktionen bei der Weigerung, eine Arbeitsstelle anzunehmen. Laut Arbeitsagentur gab es 2023 aber **nur ca. 16.000 "Totalverweigerer"**, das sind **0,4 % aller Bürgergeld-Beziehenden**.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg meldet eine deutlich steigende Zahl von Syrern und anderen Geflüchteten im Arbeitsmarkt seit 2015; im

internationalen Vergleich stehe Deutschland ganz oben. Von

den Ukrainer/innen, die zwischen März und August

2022 nach Deutschland kamen, haben inzwischen

30% eine Beschäftigung - ebenfalls ein steiler

Anstieg.

Als größte Hindernisse für den Wechsel aus der

Grundsicherung in eine sozialversicherungspflichtige

*Menschenwürdiges
Existenzminimum
ist Verfassungsgebot!*

*Bürgergeld
nicht für das Stopfen von
Haushaltslöchern
antasten!*



Beschäftigung nennen Experten: Unzureichende Deutschkenntnisse, lange Wartezeiten auf einen Platz im Integrationskurs, langwierige Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. Im Übrigen sind Jugendliche, Mütter mit Kleinkindern, Alleinerziehende, Kranke und Sprachkursbesucher/innen nicht sofort für den Arbeitsmarkt vermittelbar. Die Zahl derer, die grundlos die Arbeitsaufnahme verweigern, ist **äußerst gering** (siehe oben).

Die Erfahrungen mit den 2015 zu uns geflüchteten Menschen zeigt, dass die Integration in den Arbeitsmarkt erfolgreich sein kann, aber viel Zeit braucht. **Dagegen helfen keine Kürzungen oder Streichungen.**

2) Arbeit muss sich lohnen

Unser Standpunkt: Der Verdacht, ein Teil der Bürgergeldempfänger mache sich auf Kosten der Allgemeinheit ein angenehmes Leben, ist weit verbreitet. Als Begründung wird häufig der angeblich unzureichende Lohnabstand zur Höhe des Bürgergelds angeführt und in der Forderung zugespitzt: Sozialleistungen kürzen, damit sich Arbeit lohnt. Diese Forderung wird zu Unrecht erhoben.

Richtig ist: Die meisten Betroffenen streben aktiv nach einer Arbeitsstelle, auch wenn bürokratische Hürden und fehlende Sprachkenntnisse zu überwinden sind. Es gibt zahllose Modellrechnungen, wer unter welchen Umständen mit Bürgergeld besser fährt als mit Arbeit - oder umgekehrt. Es gibt aber keine Konstellation, in der Geringverdiener weniger haben als Bürgergeldbezieher. Auf den Punkt gebracht: **Arbeit lohnt sich immer, Arbeit macht den Unterschied.**

Sozialstaat schützen!

Sind Ausländer krimineller als Deutsche?

Die einfache Antwort ist: **Ja.**

Unser Standpunkt: Trotzdem eignet sich dieses Thema nicht für pauschale Verdächtigungen und rassistische Vorurteile. Die Statistik von Ausländerkriminalität erfasst **nur den Verdacht**, nicht das Ergebnis der Ermittlungen bis hin zum Urteil. Wer als fremd wahrgenommen wird, wird viel häufiger angezeigt. Außerdem finden sich in der Kriminalitätsstatistik ausländerrechtliche Vergehen, die **nur von Ausländern** begangen

Ausländer nicht unter Generalverdacht stellen!



werden **können**. Überproportional ist auch der Anteil ausländischer Opfer von Straftaten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung: Opfer von Körperverletzungen sind überwiegend selbst Zuwanderer in Sammelunterkünften.

Richtig ist: Schwierige Lebensbedingungen, Armutsrisiko, Gewalterfahrungen im Herkunftsland und auf der Flucht erhöhen das statistische Risiko, Straftaten zu begehen.

Junge Männer begehen häufiger Straftaten als andere Personengruppen, deswegen fallen Herkunftsländer, aus denen überproportional viele junge Männer fliehen, in dieser Hinsicht negativ auf.

Demgegenüber sind Geflüchtete aus Syrien, Irak, Afghanistan und zuletzt Ukraine eher **unterdurchschnittlich** in der Kriminalstatistik vertreten.

Gute Bleibeperspektive senkt Kriminalität!

Die Aussicht auf Bleiberecht, Integration, Arbeit sowie Familienzusammenführung führt nachweislich zu **geringerer Straffälligkeit**, während Perspektiv- und Chancenlosigkeit tendenziell zu **höherer Straffälligkeit** beitragen kann.

Auch auf anderen Feldern ist eine erschreckende Zunahme von Straftaten zu verzeichnen:

Antisemitische Straftaten (u.a. Gewalt gegen Personen und Einrichtungen) haben sich von 2022 auf 2023 verdoppelt, mit gleicher Tendenz 2024. 60% gehen auf das Konto von Tätern aus dem deutschen rechtsextremen Milieu, 40% werden Tätern mit ausländischer oder religiöser Ideologie zugeschrieben.

Anti-islamische Straftaten haben sich von 2022 auf 2023 auf 1.164 ebenfalls verdoppelt. Darunter fallen Beleidigungen, Hassbotschaften und tätliche Angriffe auf Muslime.

Islamistische Straftaten sind von 2022 auf 2023 um 160% auf fast 1.000 gestiegen.

Unsere Zahlen und Vergleiche sind vielfach belegt. Sie finden unseren Faktencheck mit Quellennachweis in der **Langversion** dieses Papiers auf

<https://daf-bretten.de/project/faktencheck>



Wer oder was ist

DAF - Internationaler Freundeskreis Bretten e.V.?

Der DAF – Internationaler Freundeskreis Bretten e.V. wurde 1987 als „Deutsch-Ausländischer Freundeskreis“ gegründet und versteht sich als überparteilicher und überkonfessioneller Verein, der seine Hauptaufgabe in der interkulturellen und interreligiösen Verständigung und dem Dialog zwischen Zugewanderten und Einheimischen sieht.

Wir leisten persönliche, praktische und finanzielle Hilfe in den Bemühungen um Integration von Migranten und Geflüchteten beim Spracherwerb und der Vermittlung in Arbeit.

Wir gehen an die Öffentlichkeit mit Vorträgen, Ausstellungen und Straßenaktionen.

Der Internationale Freundeskreis kooperiert mit dem Brettener Netzwerk für Flüchtlinge und anderen ehrenamtlichen Initiativen im Umkreis, mit der Stadt und der Volkshochschule Bretten, mit Schulen sowie mit den Integrationsmanagerinnen des Landkreises Karlsruhe und der Stadt Bretten.

Wir arbeiten u.a. beim Brettener „Runden Tisch Integration und Vielfalt“ mit und sind vertreten im Arbeitskreis „Bretten – Aktiv für Frieden“

Wir beziehen politisch Stellung gegen Extremismus, Ausgrenzung und Hass und für Toleranz, Mitmenschlichkeit und gesellschaftliche Vielfalt.



**Besuchen Sie uns im Netz: www.daf-bretten.de
oder schreiben Sie uns: info@daf-bretten.de**